



1. Integrationsmonitoring

- Integrations-Indikatorenbericht: Erfolge des Umsteuerns sichtbar
- Böhmer lädt europäische Länder zu einer Konferenz zu Indikatoren und Monitoring-Systemen ein

2. Bildung / Ausbildung

Verbesserung von Bildungs- und Ausbildungschancen

3. Arbeitsmarkt

Video und Eckpunktepapier zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

4. Bildungspaten

„Aktion zusammen wachsen“: Fünf neue regionale Servicestellen eingerichtet

5. Wirtschaft

Zweieinhalb Jahre Charta der Vielfalt

6. Sport

„Integration durch Sport“: Bundesregierung fördert Engagement der Sportvereine

7. Interkulturelle Öffnung

Bundeskonzert 2009

8. Publikationen

Mehr Fakten und Hintergründe: Neue Publikationen zur Integration

9. Internet

Begrüßung der Internetnutzer per Video

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Ihnen die 2. Ausgabe des Newsletters „Integration komp@kt“ vorlegen zu können. Die erste Ausgabe hat eine erfreuliche Resonanz gefunden. Auch dieses Mal erwarten Sie wieder aktuelle Informationen und Hintergründe zur Integrationspolitik der Bundesregierung:

Vor kurzem habe ich den Ersten Integrationsindikatorenbericht veröffentlicht. Er zeigt Erfolge des Umsteuerns in der Integrationspolitik auf und markiert zugleich weiteren Handlungsbedarf.

Das Thema Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschäftigt mich weiter. In einer Videobotenschaft werde ich via Internet für ein bundeseinheitliches, transparentes und zügiges Verfahren für alle Zugewanderten.

Die „Aktion zusammen wachsen“ hat fünf neue regionale Servicestellen eröffnet. Das bundesweite Netzwerk für Bildungs- und Ausbildungspaten hat damit sein Serviceangebot deutlich ausgebaut.

Hierüber und über andere Themen informiert diese Ausgabe des Newsletters. Ich würde mich freuen, wenn er wieder Ihre Zustimmung findet.

Ihre
Prof. Dr. Maria Böhmer

Kontakt:
Die Beauftragte der
Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration
11012 Berlin
integrationsbeauftragte@bk.bund.de

Integrations-Indikatorenbericht: Erfolge des Umsteuerns sichtbar



In Deutschland ist der erste Indikatorenbericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring erschienen. Er macht Erfolge des Umsteuerns der

Bundesregierung in der Integrationspolitik sichtbar. Mit dem Indikatorenbericht soll eine objektive und datenbasierte Diskussion des Integrationsthemas ermöglicht werden.

Durch ihn wird bestätigt, dass eine Betrachtung der Entwicklungen im Zeitverlauf unerlässlich ist, um Ansatzpunkte für die Verbesserung integrationspolitischer Instrumente zu finden. Außerdem gibt er Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsindikatoren und der Statistik, und nimmt erstmals mittels multivariater statistischer Analysen auch differenziert sozialstrukturelle und migrationsbedingte Einflussfaktoren in den Blick.

Der Bericht zeigt dabei, dass sich die Unterschiede in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Armut, gesellschaftliches Engagement und Gesundheit zum Teil durch die sozialstrukturellen Unterschiede der Gruppen, z.B. deren schulische und berufliche Qualifikationsniveaus, erklären lassen.

Integrationspolitische Erfolge gibt es beispielsweise im Bildungsbereich. So ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss bei in Deutschland geborenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf 2,2 Prozent gesunken und damit sogar etwas niedriger als in der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung (2,3 Prozent). Der Anteil ausländischer Jugendlicher ohne Schulabschluss sank im Berichtszeitraum 2005 bis 2007 von 17,5 auf 16 Prozent.

Fortschritte gibt es auch in anderen Bereichen: Immer mehr Migranten besitzen Wohneigentum. In Deutschland geborene Migranten sind fast genauso häufig ehren-



Integrationsindikatorenkonferenz am 15. Juni 2009 im Bundeskanzleramt

amtlich tätig wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet sich kaum, wenn Alter und Bildung berücksichtigt werden.

Der Bericht zeigt aber auch weiteren Handlungsbedarf auf, so im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben es nach wie vor deutlich schwerer als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern war 2007 mit 20,3 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung.

Der Integrations-Indikatorenbericht wurde vom Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Integrationsbeauftragten erstellt. Er beschreibt den Stand der Integration anhand von 100 Indikatoren und ist abrufbar und bestellbar auf der Homepage der Beauftragten unter "[Publikationen](#)".

Böhmer lädt europäische Länder zu einer Konferenz zu Indikatoren und Monitoringsystemen ein

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hatte am 15. und 16. Juni Vertreter aus insgesamt 22 europäischen Ländern und der Europäischen Kommission nach Berlin eingeladen, um Erfahrungen mit dem Aufbau eines Integrationsmonitorings mit anderen Staaten in Europa auszutauschen und zu diskutieren. Damit griff Böhmer eine Vereinbarung des letzten Treffens der EU-Integrationsminister im französischen Vichy im vergangenen November auf. Damals war verabredet worden, sich künftig regelmäßig über die Bewertung des Erfolgs von Integrationspolitik auszutauschen. In Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Estland und Schweden liegen bereits seit einigen Jahren Monitoringsysteme zur Integration vor, in Österreich, Belgien, Italien und in Spanien werden sie derzeit entwickelt. Auch die Europäische Kommission hat sich vorgenommen, die Entwicklung von Integrationsindikatoren und -monitoringsystemen in den Mitgliedsstaaten zu fördern.

In einem Eckpunktepapier wurde vereinbart, spezielle Indikatoren zu entwickeln, die es ermöglichen, Integrationspolitik in den Ländern der Europäischen Union effektiver zu gestalten und besser zu bewerten. Unterzeichnet wurde das Dokument von Vertretern aus Tschechien, Frankreich, Schweden, Spanien und Deutschland.

Die Teilnehmer waren sich am Ende der Konferenz einig, einen großen Schritt bei der Frage voranzukommen zu sein, wie Integrationspolitik bewertet und evaluiert werden kann. Schweden und Spanien, die die beiden nächsten Ratspräsidentschaften in der Europäischen Union innehaben werden, haben zugesagt, diese deutsche Initiative prioritär fortzuführen.



Verbesserung von Bildungs- und Ausbildungschancen

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben in Deutschland weniger Bildungs- und Ausbildungserfolg als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Sie absolvieren deutlich seltener eine Ausbildung und sind überrepräsentiert im sogenannten Übergangssystem, d. h. in Maßnahmen im Anschluss an die Schule, die erst auf eine Berufsausbildung vorbereiten.

Wege, um schwierigere Startbedingungen von Schülerinnen und Schülern auszugleichen und den Übergang von der Schule in den Beruf reibungsloser zu gestalten, standen daher im Zentrum einer Vereinbarung, die Böhmer am 19. Juni 2009 mit dem von der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden getragenen Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, der Bundesagentur für Arbeit und der Kultusministerkonferenz getroffen hat. Darin verabredeten sie eine engere Zusammenarbeit für eine bessere Ausbildungsreife und Berufsorientierung, damit Projekte, die Jugendliche vielerorts unterstützen, zu Regelangeboten werden und alle erreichen.

Tags zuvor hatte Böhmer bereits mit den Kultusministern der Länder einen engeren, regelmäßigen Austausch über eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationserfahrung im Bildungssystem vereinbart. Zudem soll auf einer gemeinsamen Konferenz eine Zwischenbilanz zu den Zielen gezogen werden, die sich die Länder im Nationalen Integrationsplan gesetzt haben. Diese haben sich unter anderem dazu verpflichtet, bis 2012 die Abbrecher- und Wiederholerquoten von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund deutlich zu senken und bis 2015 die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss insgesamt von acht auf vier Prozent zu halbieren. Ein Schwerpunkt der Konferenz wird daher sein, erfolgreiche Sprachfördermaßnahmen zu verbreiten.



Arbeitsmarkt

Video zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Maria Böhmer setzt sich seit langem für eine bessere Anerkennung im Ausland erworbener Bildungs- und Berufsabschlüsse ein. Um ihr Anliegen auch im Internet zu verbreiten, wendet sich die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung nun mit einer Videobotschaft an die Öffentlichkeit.

Derzeit leben in Deutschland etwa 500.000 Akademikerinnen und Akademiker, deren ausländische Hochschulabschlüsse nicht anerkannt werden. Hinzu kommen Tausende von Frauen und Männern mit qualifizierten Berufsabschlüssen aus dem nichtakademischen Bereich, die ebenfalls von den Arbeitsverwaltungen

als „unqualifiziert“ geführt werden. Die derzeitige Anerkennungspraxis ist von Bundesland zu Bundesland und je nach Migrantengruppe (EU-Bürger, Spätaussiedler, Drittstaatsangehörige) sehr unterschiedlich. Staatsministerin Böhmer wirbt für ein einheitliches, transparentes und schnelles Verfahren.

=> [Zur Videobotschaft](#)



Eckpunktepapier zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen und Abschlüsse

Die Integrationsbeauftragte hat gemeinsam mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und dem Bundesminister des Innern Eckpunkte für eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Optimierung der Verfahren sowie einer gezielten

Entwicklung der Angebote zur Ergänzungs- und Anpassungsqualifizierung für eine bessere Nutzung ausländischer Berufsabschlüsse und -qualifikationen erstellt. Maria Böhmer hat dieses Eckpunktepapier gemeinsam mit Bundesministerin Dr. Schavan am 19. Juni 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist abrufbar auf der Homepage der Integrationsbeauftragten: www.integrationsbeauftragte.de oder [hier](#) direkt als PDF-Download.



Staatsministerin Maria Böhmer beim 2. Fachkongress der Aktion zusammen wachsen am 23. Juni 2009
Quelle: José Giribás

"Aktion zusammen wachsen": Fünf neue regionale Servicestellen eingerichtet

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien im Rahmen der „Aktion zusammen wachsen“ wird regional ausgeweitet. Um die Bildungschancen junger Migrantinnen und Migranten weiter zu erhöhen, hat Staatsministerin Maria Böhmer jetzt in Berlin, im Regierungsbezirk Düsseldorf, in Hamburg, in der Metropolregion Rhein-Neckar und in Nürnberg regionale Servicestellen eingerichtet. Damit können Patenschaftsprojekte gezielt vor Ort besser unterstützt werden.

Zu den Aufgaben der Servicestellen gehören die Information und Beratung rund um das Thema Patenschaften sowie die Vernetzung der lokalen und regionalen Projekte. Workshops und Veranstaltungen sollen praktisches Wissen vermitteln, den Erfahrungsaustausch zwischen Projekten und Projektträgern fördern und dazu beitragen, neue Patinnen und Paten für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.

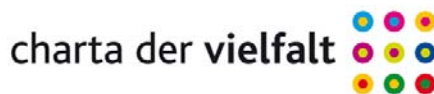
Weitere Informationen erhalten Sie unter:
www.aktion-zusammen-wachsen.de

Zweieinhalb Jahre "Charta der Vielfalt"

Mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt haben bis heute mehr als 600 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ein grundlegendes Bekenntnis zum wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt und zu Toleranz, Fairness und Wertschätzung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgegeben.

Ende 2006 als Unternehmensinitiative der Unternehmen Daimler, Deutsche Bank, Deutsche BP und Deutsche Telekom gestartet, repräsentieren die bisherigen Unterzeichner der Charta der Vielfalt aus allen Regionen Deutschlands insgesamt 4,5 Millionen Beschäftigte.

Nach der erfolgreichen Aufbauphase soll die Initiative jetzt durch neue Strukturen zukunftsfähig gemacht



werden: Ziel ist es, das Konzept durch die Fortführung kontinuierlicher Aktivitäten zu verstetigen und zu vertiefen. Koordiniert wird der Prozess von Staatsministerin Maria Böhmer.

Die Regiestelle „Charta der Vielfalt“ moderiert den Dialog zwischen den Beteiligten, leistet Unterstützung bei der Umsetzung des Konzepts und steht als Ansprechpartnerin für Fragen zur Verfügung (Tel. 030/399 27-3456, E-Mail: info@vielfalt-als-chance.de). Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website der Initiative www.vielfalt-als-chance.de.



„Integration durch Sport“: Bundesregierung fördert Engagement der Sportvereine

„Sport ist ein Integrationsmotor“. Immer wieder betont Staatsministerin Maria Böhmer die Bedeutung des Sports für die Integrationspolitik der Bundesregierung. Besonders im Vereinssport stecken große Potenziale. „Ich freue mich darüber, dass sich mittlerweile viele Migrantinnen und Migranten in den zahlreichen Sportvereinen engagieren“, betont Böhmer. „Sport macht fit und fördert zugleich die Begegnung von Menschen unterschiedlicher kultureller, sozialer und ethnischer Herkunft.“

Aus diesem Grund unterstützt die Bundesregierung das Programm „Integration durch Sport“ massiv: Jährlich werden dafür 5,4 Millionen Euro aufgewendet. Besonders am Herzen liegt der Bundesregierung der Dialog zwischen den Sportverbänden, den Migrantenorganisationen, der Wissenschaft und der Politik. Der intensive Austausch spielte schon bei der gemeinsamen Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans eine große Rolle. Daran soll jetzt angeknüpft werden. Staatsministerin Maria Böhmer und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Christoph Bergner, haben eine ständige Arbeitsgruppe „Integration und Sport“ einberufen.

Aufgabe dieses Expertengremiums ist es, Empfehlungen für die Praxis zu erarbeiten. Erstes Schwerpunktthema ist die interkulturelle Öffnung in Sportvereinen und -verbänden und ihre Kompetenz in Integrationsfragen. Dazu wird noch in diesem Monat eine Handreichung herausgegeben. Wie lassen sich Migrantinnen und Migranten besser einbinden? Wie können Vorurteile abgebaut werden? Diese Fragen werden in der Broschüre angesprochen, die die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und das Bundesinnenministerium gemeinsam veröffentlichen. Die Handreichung will durch praktische Tipps Anregungen für den Breiten- und Freizeitsport geben und die Integration im Sport fördern. Sie enthält wichtige Hinweise für Sportverbände und Sportvereine, richtet sich aber auch konkret an Betreuerinnen und Betreuer.

Eine Bestellung der Handreichung ist über integrationsbeauftragte@bk.bund.de möglich.



Staatsministerin Böhmer auf der 23. Bundeskonferenz am 4./5. Mai 2009

Bundeskonferenz 2009

Am 04. und 05. Mai 2009 fand in Duisburg die 23. Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten des Bundes, der Länder und der Kommunen statt. Sie stand unter dem Motto „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Potenziale nutzen, Chancen schaffen“. In Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen und dem Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Adolf Sauerland, konnten zu dem Thema Referenten für vier Foren gewonnen werden.

Mehr als 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben am zweiten Tag die Möglichkeiten der interkulturellen Öffnung der Verwaltung diskutiert. Die Ergebnisse der vier Foren sind von den Moderatoren, überwiegend Beauftragte einzelner Länder, in interessanten Vorträgen zusammengefasst worden.

Nähere Informationen zur 23. Bundeskonferenz finden Sie [hier](#).



Mehr Fakten und Hintergründe: Neue Publikationen zur Integration

Wohin kann ich mich wenden, wenn ich Fragen zur Gesundheitsvorsorge habe? Oder zur Kindertagesbetreuung, zur Berufsausbildung und zum Verbraucherschutz? Wie schütze ich mich vor und in Notlagen? Zu diesen und vielen anderen Fragen informiert die erneut aufgelegte Broschüre „Chancen durch Integration – Ratgeber für Familien“. Sie gibt in deutsch-türkischer und deutsch-russischer Fassung einen Überblick über staatliche und nicht staatliche Angebote und Hilfen in vielen Bereichen.

Neu erschienen ist die Publikation „Ein Amt im Wandel“, die auf die Geschichte der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Bundesregierung seit der Berufung des ersten Beauftragten im Jahr 1978 zurückblickt und den Festakt zum 30-jährigen Bestehen des Amtes am 17. Dezember 2008 dokumentiert.

Über die Rechte von Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, informiert in einer überarbeiteten Auflage des Faltblattes „Tatort Familie“. Es ist in insgesamt 6 Sprachen verfügbar (deutsch, türkisch, russisch, englisch, arabisch und serbokroatisch).

In Kürze erscheint zudem in einer aktualisierten Ausgabe das Faltblatt, „Gutes Zusammenleben - Klare Regeln“, das über die Integrationspolitik der Bundesregierung und die Aufgaben der Integrationsbeauftragten informiert.

Ebenfalls in Kürze erscheint die, von der Beauftragten und dem Bundesinnenministerium gemeinsam veröffentlichte, Handreichung „Interkulturelle Öffnung im Sport“. (Weitere Informationen hierzu in diesem Newsletter im Kapitel „Sport“.)

Informationen zu Projekten und allen wichtigen Ansprechpartnern rund um das Thema Berufsorientierung enthält die Dokumentation einer Veranstaltung der Integrationsbeauftragten und der Initiative „SchuleWirtschaft“.

Die Publikationen können auf der [Internetseite](#) der Integrationsbeauftragten bestellt werden.



Internet

Begrüßung der Internetnutzer per Video

Besucher der Internetseite

www.integrationsbeauftragte.de

werden dort ab sofort von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, persönlich begrüßt. In einem Video erklärt die Staatsministerin die Grundzüge und Schwerpunkte der Integrationspolitik der Bundesregierung und verweist auf wichtige Informationen, die auf der Homepage zu finden sind.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wesentliche Voraussetzung, damit Integration gelingt. Staatsministerin Böhmer fordert die Besucher der Homepage auf, sich aktiv einzubringen und verweist auf zwei besonders erfolgreiche Projekte aus dem Nationalen Integrationsplan: Die „Charta der Vielfalt“ und die „Aktion zusammen wachsen“, zwei Initiativen, die Integration aus der Mitte der Gesellschaft heraus voranbringen.

=> [Zur Videobotschaft](#)

Herausgeber:
Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Gestaltung:
Claudia Vieck

Bildnachweis:
Quelle: REGIERUNGonline

Kontakt:
Die Beauftragte der
Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration
11012 Berlin
integrationsbeauftragte@bk.bund.de